

BENJAMIN FREDRICH

Schlägereien in Parlamenten

Erste Auflage 2024
KATAPULT-Verlag GmbH Greifswald
© Copyright KATAPULT-Verlag GmbH 2024

www.katapult-verlag.de
verlag@katapult-verlag.de

Lektorat: Philipp Bauer, Stefanie Malleier

Gesetzt aus: Arno Pro, Bebas Neue Pro, El Camino

Druck und Bindung: Print Best, Estland

Papier: Lessebo Balder Recyclingpapier

ISBN 978-3-948923-75-4



 KATAPULT

Länder, in denen im Nationalparlament Gewalt ausgebrochen ist und »Kampfmethode«

1928-2024, Auswahl





Wladimir Putin veröffentlichte 2017 das Buch *Judo mit Wladimir Putin*. Auf dem Cover steht Wladimir Putin. Er hat sich einen weißen Judogi angezogen und steckt seine Hände unter seinen schwarzen Gürtel: Er ist kampfbereit. Wirklich gekämpft hat er aber noch nicht. Jedenfalls nicht im Parlament.

Ein südkoreanischer Politiker ist ihm diesen Schritt voraus. Er beendete eine hitzige Debatte, indem er seinen politischen Gegner im Parlament mit einer sauber ausgeführten Judowurftechnik auf den Rücken schleuderte. Die Szene wurde gefilmt. Das Video gilt im Netz heute als Lehrbeispiel für einen gut ausgeführten Tomoe Nage*. Sportlich gesehen ist die Lage klar: Sieg durch Ippon** – aber wie ist das politisch zu werten? Ist Gewalt in Parlamenten normal?

In einigen Ländern ist sie sogar zur Regel geworden. Ukrainische Politiker bevorzugen den Faustkampf, der sich oft zu einer Massenschlägerei entwickelt – Klitschko war bisher nur an einer Rangelei beteiligt. In der Türkei werfen mit Mikrofonhaltern aus Metall und in Jordanien bringt ein Abgeordneter gleich seine Kalaschnikow mit ins Parlament. Aus der Mode gekommen sind Ohrfeigen, Spucken und Würgen. Das kam zwar bereits in südamerikanischen Ländern und der Ukraine vor, aber die meisten kleinen und spontanen Angriffe beschränken sich auf Wasserspritzen oder Papierwerfen.¹

In etwa zehn Prozent aller Gewalttaten wird mit Wasserflaschen geworfen oder mit Wasser gespritzt, sagen die Betreiber von *Parliamentfights.com*. Oft entsteht danach erst die richtige Schlägerei. Weniger Konsequenzen folgen aus Papierwürfen. Das parlamentarische Eierwerfen führt häufig nur dazu, dass die Zielperson das Rednerpult verlässt oder sich einen Regenschirm als Schutz geben lässt. In der Ukraine versuchte ein Mann mit einem Trick, den damaligen Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk aus

* Einer der 40 traditionellen Judowürfe nach Kanō Jigorō.

** Im Judo bedeutet ein Ippon den sofortigen Sieg für den Judoka.

dem Plenarsaal zu tragen. Er ging mit einem Blumenstrauß zum Rednerpult, übergab die Blumen jedoch nicht, sondern hob Jazenjuk stattdessen hoch. Als er weggetragen werden sollte, hielt sich der Ministerpräsident mit seinen Händen jedoch am Rednerpult fest. Er hing dann zwar schräg in der Luft, aber der Versuch, ihn aus dem Saal zu schaffen, scheiterte.²

Die sicherste Methode, seinen politischen Gegner aus dem Parlament zu treiben, besteht darin, eine Rauch-, oder besser noch: eine Tränengasgranate zu zünden. Im Kosovo ist das passiert. Die Opposition setzte am 19. Februar 2016 Tränengas im Parlament ein, um die Sitzung zu unterbrechen und damit gegen die Regierung zu demonstrieren, die der serbischen Minderheit im Land mehr Autonomie gewährleisten wollte. Für die kosovarische Opposition ist Tränengas mittlerweile zum festen Bestandteil der parlamentarischen Arbeit geworden. Sie setzt das Reizgas regelmäßig ein. Das Sicherheitspersonal wurde deshalb bereits mit Gasmasken ausgestattet.³

Bitte zwei Schwertlängen Abstand!

Warum haben wir im Bundestag bisher weder Tränengasangriff noch Judowurf gesehen? Der Sozialwissenschaftler Christopher Gandrud kann diese Frage beantworten. Er hat in einer Kombination aus Fall- und quantitativer Studie untersucht, warum parlamentarische Gewalt entsteht.⁴ In Parlamenten sollen Probleme eigentlich friedlich gelöst werden. Das britische Unterhaus ist extra so gebaut worden, dass Opposition und Regierung mindestens zwei Schwertlängen auseinander sitzen.⁵ Bisher wurde aber auch noch kein Schwertkampf im Parlament bekannt. Für jegliche andere Arten der Gewalt von Abgeordneten hat Gandrud diese Gründe gefunden:

Unverhältnismäßige Machtverteilung

Je ungerechter das Verhältnis der Wählerstimmen auf die Vertreter des Parlaments übertragen wird, desto wahrscheinlicher ist parlamentarische

Gewalt. Wenn das Wahlsystem also die faire Verteilung von Sitzen garantiert, kommt es zu weniger Schlägereien. Gandrud begründet das damit, dass die politischen Akteure grundsätzlich an Fairness interessiert sind und ein Parlament, das die Wähler inkorrekt repräsentiert, eine offene Absage an die Fairness von Wahlen darstellt. Wer sich unfair behandelt fühlt, hat auch kein Problem damit, die Regeln derer, die unfair handeln, zu brechen und unparlamentarische Mittel einzusetzen.

Alte und neue Demokratien

Je jünger eine Demokratie, desto wahrscheinlicher ist Gewalt im Parlament. Gandrud hat für diese Analyse einen Index* gewählt, der Verfassungen auf ihren demokratischen Gehalt prüft. Sein eigener Datensatz umfasst 131 gewalttätige Vorfälle in Parlamenten, die zwischen 1981 und 2012 stattfanden. Über 60 Prozent aller Fälle fanden in nur sieben Ländern statt: in Indien, Italien, Mexiko, Südkorea, Taiwan, der Türkei und der Ukraine.

Gandruds Daten zeigen: In jungen Demokratien besteht eine neunprozentige Wahrscheinlichkeit, dass im Parlament Gewalt ausbricht. Bereits nach drei bis fünf Jahren sinkt die Wahrscheinlichkeit auf fünf Prozent. Die Kurve geht dann zwar weniger stark, aber dafür stetig nach unten, bis sie nach 75 Jahren der Demokratie eine Wahrscheinlichkeit von 2,5 Prozent erreicht.

Erklärt wird das Phänomen damit, dass in jungen Demokratien die Regeln und Prozesse noch leichter verändert werden können. Ein neues System bringt es mit sich, dass noch nicht alle Vorgänge und Regeln von den Parlamentariern abgestimmt und eingeübt sind. Deshalb ist es einfacher, auch neue Ideen und Prozesse auszuprobieren – darunter fällt auch die

* Der verwendete Polity-IV-Index ist umstritten, weil er lediglich beobachtet, was in einer Verfassung steht, aber nicht, wie es in der Realität umgesetzt wird. Gandrud hat für die Studie alle Staaten mit einer Wertung ab »5« als Demokratien kategorisiert.

Anwendung von Gewalt. Alte Systeme hingegen sind eingespielte Systeme – alle haben sich an sie gewöhnt und eine Regelmissachtung erscheint dann schon aus traditionellen Gründen unangebracht.

Die Wissenschaftler vermuten auch, dass sich in jungen Demokratien deshalb vermehrt Gewalt im Parlament ereignet, weil die ersten demokratischen Kräfte zunächst die Wahlmodalitäten festlegen. Diese können bestimmte Parteien benachteiligen. Die These lautet hier: Neue Wahlregeln bringen auch immer neue Verlierer hervor. Dieser Moment der Umstellung kann Ausschreitungen im Parlament provozieren.

Junge Demokratien haben häufig einen politischen Wechsel hinter sich und befinden sich in einem wirtschaftlichen und demografischen Wandel. Heftige Schwankungen in diesen elementaren Bereichen können dazu führen, dass sich die Gesellschaft schneller verändert, als es Wahlen abbilden können. Die Gesellschaft kann also einen anderen Takt haben als die Demokratie. In diesem Fall werden die politischen Interessen der Bürger nicht ausreichend proportional in das Parlament übertragen, wodurch wiederum eine unverhältnismäßige Machtverteilung entsteht.

Regierungen mit deutlicher Mehrheit

In der politischen Theorie werden noch weitere Gründe für parlamentarische Ausschreitungen diskutiert. So könnten große Mehrheitsregierungen die Ursache dafür sein, dass eine schwache Opposition sich veranlasst sieht, ihre Ziele aus Mangel an Gestaltungsmacht auch gewaltsam durchzusetzen. Gandruds Studie widerspricht dieser These jedoch. Je kleiner die Mehrheit der Regierung ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit von Gewalt. Minderheitenregierungen bergen die größte Gefahr einer gewalttätigen Parlamentsarbeit. Gandrud kann dieses Ergebnis durch keine vorhandene Theorie erklären und bleibt

deshalb zurückhaltend. Seine Vermutung: Die Mehrheitsregierung ist so mächtig, dass sie selbst potenzielle Gewalttaten der schwachen Opposition unterdrücken kann.

Keine Kultur ist kein Grund

Wissenschaftler aus Bremen und Michigan haben versucht, Gewalt mit der politischen Kultur zu begründen.⁶ Asiatische Länder haben nach dieser Argumentation eher hierarchische Gesellschaften mit zu viel Respekt vor Autoritäten. Demokratische Systeme seien dadurch für sie weniger geeignet. Andere Wissenschaftler widersprechen: In den meisten asiatischen Staaten herrsche weniger Respekt vor Autoritäten als in nichtasiatischen.⁷

Gandruds Studie kann auch zeigen, dass es in ethnisch und religiös polarisierten Ländern deutlich häufiger zu Gewalt im Parlament kommt. Die Ergebnisse sind aber nicht signifikant und werden deshalb gar nicht erst ausgewertet. Die gesellschaftliche Spaltung eines Landes ist also kein nachweisbarer Grund für parlamentarische Gewalt – jedenfalls kann das nicht durch diesen Datensatz belegt werden.

Die Studie verdeutlicht insgesamt: Parlamentarische Gewalt ist kulturübergreifend. Sie geht quer durch Kulturen, Weltregionen und auch Geschlechter.⁸

Der Blick auf Deutschland

Auch Deutschland hat eine umfangreiche Geschichte der parlamentarischen Gewalt. Und: Sie hat einen tragischen Ausgang.

Die politischen Spannungen im Deutschen Reichstag erreichten am 17. Juni 1921 einen Höhepunkt, als eine hitzige Debatte über einen Fememord in Bayern zu einer brutalen Schlägerei unter den Abgeordneten führte.

Anlass für die Auseinandersetzung ist der Mord an dem Sozialisten Karl Gareis, der nie restlos aufgeklärt wurde. Während einer Rede im Plenum beschuldigt der Abgeordnete Hans Unterleitner, ein Genosse des Opfers, rechtsradikale Kreise des Verbrechens. Dort habe die Parole gelaftet: »Kommunisten sind keine Deutschen – die erledigt man kalt!« Eine Bemerkung von Franz Mittelman von der Deutschen Volkspartei, mit der er Zustimmung zu dieser Aussage signalisiert, löst eine drastische Reaktion aus.

Hermann Remmele, ein Kommunist aus Heidelberg, stürzt sich auf Mittelman. Die Sitzung endet im Chaos, und das *Berliner Tageblatt* beschreibt das Ereignis als »widerliches Intermezzo«, während Remmele beschuldigt wird, den Reichstag mit einem »Boxmeeting« verwechselt zu haben.

Der Vorfall ist jedoch kein isoliertes Ereignis. Als die Nationalsozialisten später das Parlament erobern, häufen sich solche gewaltsamen Auseinandersetzungen. Beleidigungen und physische Konfrontationen zwischen den verschiedenen politischen Lagern sind an der Tagesordnung und spiegeln die zunehmende Instabilität und die wachsenden Spannungen in der Weimarer Republik wider.

In der Wandelhalle des Reichstags in Berlin kommt es zu weiteren Zusammenstößen zwischen Abgeordneten der NSDAP, der KPD und der SPD, bei denen mehrere Personen schwer verletzt werden. Diese gewalttätigen Übergriffe verdeutlichen die tiefgreifenden politischen Konflikte und die Erosion des demokratischen Prozesses, die letztendlich zur Machtergreifung der Nationalsozialisten und zum Untergang der Weimarer Republik führt.⁹

Die Situation findet ihren traurigen Höhepunkt, als am Abend des 27. Februar 1933 das Reichstagsgebäude in Flammen aufgeht. Dieses

dramatische Ereignis markiert das vorläufige Ende der Demokratie in Deutschland.

Der Brandstifter, der Niederländer Marinus van der Lubbe, wird verhaftet. Hitler nutzt die Gelegenheit, um von Reichspräsident Hindenburg am nächsten Tag den Erlass der sogenannten Reichstagsbrandverordnung zu erwirken, die nahezu alle politischen Grundrechte außer Kraft setzt und den Weg zur Abschaffung der demokratischen Strukturen ebnet.

Ein ähnliches Ereignis hat sich seither nur in Südafrika ereignet. Ein Mann namens Zandile Mafe gestand vor Gericht in Kapstadt, Anfang 2022 absichtlich das Parlamentsgebäude angezündet zu haben. Er drohte damit, es erneut anzuzünden, wenn das Parlament nicht von Kapstadt nach Bloemfontein oder Pretoria verlegt würde. Das Feuer verursachte schwere Schäden an dem historischen Gebäude. Mafe wurde wegen Einbruchs, Brandstiftung und Terrorismus angeklagt, doch sein Prozess verzögerte sich, da eine psychiatrische Untersuchung angeordnet wurde. Er forderte für sich selbst eine Haftstrafe von 25 Jahren, betonte jedoch, dass er keine Angst vor einer lebenslangen Haft habe. Mafe äußerte zudem seine Wut über verschiedene Probleme in Südafrika und beschuldigte die Regierung, den Armen nicht zu helfen. Das Feuer löste Kritik an den Sicherheitsvorkehrungen im Parlament aus, da die Gebäude während einer Pause weitgehend leerstanden.¹⁰

Erst durchs Fenster, dann die Treppe runter

Im Nachkriegsdeutschland wird es dann deutlich ruhiger. Prügeleien gibt es im Deutschen Bundestag erst einmal nicht mehr. Eine gewaltsame Szene ereignet sich aber dennoch und zwar 1950, zu einer Zeit, als die deutsche Demokratie erst ein Jahr alt ist.

Am 10. März 1950 wird der Parlamentarier Wolfgang Hedler (ehemals NSDAP, nun Deutsche Partei) von Herbert Wehner und Rudolf-Ernst

Heiland (beide SPD) erst durch eine geschlossene Glasscheibe und anschließend eine Treppe heruntergestoßen. Hedler ist vorher vom Bundestagspräsidenten wegen ständigen Störens von der Sitzung ausgeschlossen worden, nach kurzer Zeit aber wieder zurückgekommen. Die beiden SPD-Abgeordneten übernehmen deshalb die Aufgabe des Sicherheitspersonals des Bundestages und stürmten auf Hedler zu. Auch sie werden daraufhin für eine Woche des Bundestages verwiesen.

Phoenix war damals leider noch nicht mit einer Kamera vor Ort. Deshalb ist nicht genau bekannt, wie Wehner und Heiland Hedler angriffen – ob sie ihn verprügelten, schubsten oder nur vor sich hertrieben, weiß niemand ganz genau. Vielleicht war es auch ein schmissiger Judowurf.

Aber: Weder die Nazischlägereien noch diese Schlägerei zwischen der SPD und einem Nazi waren die ersten gewaltsamen Auseinandersetzungen unter Politikern in Deutschland. Nach einer Streiterei im Preußischen Landtag verabredeten sich Otto von Bismarck und Georg von Vincke bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts zu einem Pistolenduell. Beide schossen daneben. Von Vincke erklärte den Vorfall so: Da Bismarck ihm einen Mangel an Erziehung vorgeworfen habe, sei ihm nichts anderes übrig geblieben.

Die *Berliner Nationalzeitung* berichtete am 26. März 1852 mit ironischem Unterton über das Duell: »Wie erzählt wird, hätte diesen Vormittag zwischen zwei bekannten Kammermitgliedern ein Duell stattgefunden, das infolge einer neulich stattgehabten parlamentarischen oder unparlamentarischen Debatte engagiert war. Wie hinzugefügt wird, wäre der Zweikampf so abgelaufen wie manche Kammerdebatten, das heißt, es wäre nichts dabei herausgekommen.«¹¹

STATISTIK

GEWALT IM PARLAMENT – EIN ZEICHEN FÜR DEMOKRATIE?

Wenn Politiker zu Waffen greifen oder sich gegenseitig schlagen, wird das in der Regel als undemokratisch bewertet. In den Zeitungsartikeln, die ich während der Recherche für dieses Buch gelesen habe, war häufig von einem Tiefpunkt der politischen Kommunikation die Rede. Die Demokratie wird bei Gewaltausbrüchen unter Politikern oft als in Gefahr befindlich empfunden. Das ist verständlich, aber nicht korrekt. Jede Gewalt im Parlament ist zu vermeiden. Sie darf nie verherrlicht werden. Dennoch ist sie kein sicheres Zeichen dafür, dass eine Demokratie in Gefahr ist. Im Gegenteil: Es gibt meiner Meinung nach zwei Faktoren, die überhaupt erst ermöglichen, dass Leute im Parlament aggressiv auftreten. Erstens: Ein machtvolles Parlament und zweitens: Rechtsstaatlichkeit.

Zu einer Schlägerei in einem Parlament kann es nur kommen, wenn es auch ein echtes Parlament gibt. Ein Parlamentsgebäude reicht nicht aus. Machtlose Jasager, die nickend in einem schönen Gebäude nebeneinandersitzen, reichen nicht aus. China ist so ein Fall, in dem zwar ein Parlament existiert, die tatsächliche Entscheidungsgewalt aber nicht bei den Abgeordneten liegt. Erst wenn das Parlament auch Macht bekommt, lohnt sich ein Streit, lohnt sich eine Prügelei darin. Das ist der erste Faktor. Der zweite, so scheint es, ist die Rechtsstaatlichkeit. Es ist die Sicherheit, welche Art von Strafe auf die Gewalt folgt. Wenn man vermuten muss, von der exekutiven Macht (oft dem Präsidenten) wegen seiner Taten im Parlament getötet zu werden, dann verhält man sich dort eher als friedlicher Untertan.

Schlägereien finden zusammengefasst also in Staaten statt, in denen politische Inhalte wirklich ausgehandelt werden, in denen echte demokratische Strukturen bestehen. Aus Diktaturen wie Nordkorea, China und dem heutigen Russland sind keine Schlägereien bekannt. Die Staaten, aus denen sehr oft, fast regelmäßig über Gewalt im Parlament berichtet wird, sind eher Demokratien: Taiwan, Südkorea, Italien, die Ukraine und Georgien. Auffällig ist hierbei auch, dass drei dieser Staaten eine Gemeinsamkeit haben: Sie stehen zwischen den Systemen. Sie schwanken zwischen ihren mächtigen Nachbarstaaten, zwischen der westlichen und der östlichen Welt. In Taiwan sind Schlägereien oft dann ausgebrochen, wenn das Verhältnis zu China und den USA Thema war. In der Ukraine immer dann, wenn es darum ging, ob sich das Land der Europäischen Union oder Russland annähern soll. Auch in Georgien war der Auslöser häufig die Beziehung zu dem größeren Nachbarn.

Aber: Nicht jede Demokratie muss sich prügeln, um eine Demokratie zu sein. Es gibt die typischen skandinavischen Streberländer, die hoch demokratisch sind und ihre Argumente völlig gewaltlos austauschen.

Eher politisch als persönlich

Unter den 97 Fällen gibt es natürlich auch Frauen, die Gewalt ausüben. Als Täterinnen habe ich 6,2 Prozent identifiziert. Das sind genau sechs Fälle. Angegriffen wurde Frauen achtmal, also zu 8,2 Prozent. Diese Zahlen machen deutlich: Gewalt geht immer noch mehrheitlich von Männern aus. Zu 73 Prozent als Täter und zu 69 Prozent als Opfer. Die restlichen Fälle konnte ich nicht zuordnen, weil es sich um Massenschlägereien oder unklare Fälle handelte.

Geschlecht der Täter:innen ...

97 Fälle, in Prozent

Frauen



Männer



... und Opfer



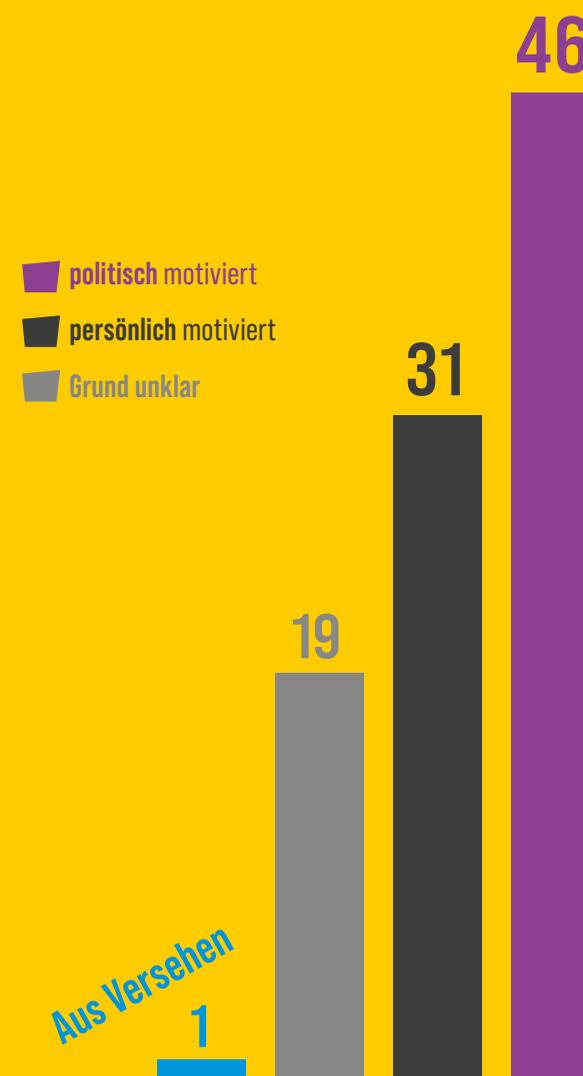
Unter allen 97 Schlägereien, die ich in diesem Buch untersucht habe, sind 46 aus politischen und 31 aus persönlichen Gründen entstanden. Ich hatte vorher vermutet, dass die persönlichen Gründe überwiegen würden, aber so ist es nicht. Bei den persönlichen Gründen geht es oft um gekränkten Stolz. Es geht um konkrete Vorwürfe, ein Politiker sei korrupt oder habe mit zu vielen und zu jungen Frauen geschlafen.

In einigen Fällen sind die Gründe zwar politisch, aber sie tragen einen religiösen Kern in sich. In einigen Fällen kommt es zu Gewalt, weil besonders orthodoxe Muslime besonders kompromisslos gegen die Gleichheitsgrundsätze von Demokratien argumentieren. Häufig geht es hierbei um Frauenrechte. Religiöse Ideologie und Parlamentarismus scheinen an dieser Stelle einen Reibungspunkt zu haben.

19 Fälle konnte ich keiner Kategorie zuordnen und ein Fall von Gewalt im Parlament ist »aus Versehen« passiert. Hört sich komisch an, ist aber so. Der kanadische Premierminister Justin Trudeau hatte einer Politikerin aus Versehen seinen Ellenbogen gegen die Brust gerammt. Die Frau stand hinter ihm. Er hat sie weder gesehen, noch hat er den Vorfall in dem Moment bemerkt. Es gab keinen Streit.

Grund der Auseinandersetzung

97 Fälle



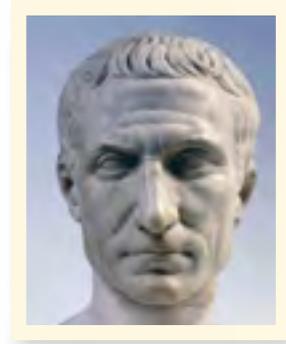


RÖMISCHES REICH 44 v. u. Z.

DER DOLCH GEGEN CAESAR



Der General und Diktator Gaius Julius Caesar wurde von einer Gruppe Senatoren am 15. März 44 v. u. Z. während einer Sitzung des römischen Senats ermordet – damit handelt es sich hierbei um die älteste aufgezeichnete Auseinandersetzung zwischen Mitgliedern einer Legislative überhaupt. Die allererste Schlägerei im Parlament sozusagen.



Gaius Julius Caesar

Die Verschwörer, die sich selbst als »Liberatoren« bezeichneten, hatten heimlich, angeführt von Marcus Iunius Brutus und Gaius Cassius Longinus, einen Plan geschmiedet, um Caesar loszuwerden. Sie entschieden sich dazu, ihn während einer Senatssitzung zu töten, da nur Senatoren daran teilnehmen konnten und sie wussten, dass Caesar ihnen schutzlos ausgeliefert sein würde. Die Senatoren verfassten eine gefälschte Petition, in der sie den Diktator aufforderten, die Macht an den Senat zu übergeben. Caesar berief eine Senatssitzung ein, um sie zu verlesen. Als er die Senatoren traf, stachen sie ihn mit insgesamt 23 Dolchstößen nieder. Bei seiner Ermordung soll Caesar seine letzten Worte an Brutus gerichtet haben: »Auch du, mein Sohn?« Das ist jedoch ein unwahrscheinliches Szenario – die Schwere der Verletzungen verhinderte mit ziemlicher Sicherheit alle Sprechversuche.

Caesars Ermordung führte zu einem Bürgerkrieg um die Kontrolle der Republik, der letztendlich mit dem Aufstieg von Caesar Augustus und der Gründung des Römischen Kaiserreichs endete.



GROßBRITANNIEN 1689

EINE SCHWERTLÄNGE ABSTAND!



Der moderne Parlamentarismus hat seine Ursprünge im englischen Parlament. Mit der *Bill of Rights* von 1689 erhielt das Parlament erstmals die Befugnis, unabhängig vom König zusammenzutreten und regelmäßig zu tagen. Die Abgeordneten erlangten Immunität und Einfluss auf die Staatsfinanzen, was bedeutete, dass alle königlichen Handlungen der Zustimmung des Parlaments bedurften. Nur Steuerzahler, hauptsächlich der Adel, waren vertreten, doch in den Augen der Bevölkerung repräsentierten sie die Interessen des Volkes.

Eine Tradition des Parlaments betrifft die Trennung zwischen Regierung und Opposition im Unterhaus, die durch rote Linien auf dem Boden markiert ist. Diese Linien, die sich auf beiden Seiten vor der jeweils vordersten Sitzreihe befinden, sind etwa zwei Schwertlängen voneinander entfernt. Den Abgeordneten ist es während der Debatten nicht erlaubt, über die Linien zu treten. Damit sollte verhindert werden, dass sie die Angeordneten auf der gegenüberliegenden Seite mit dem Schwert angriffen. Diese Praxis geht auf die Anfangszeiten des Unterhauses zurück, als die Parlamentsmitglieder Waffen mit in die Kammer bringen durften. Ein Garant für friedfertige Sitzungen ist diese räumliche Trennung jedoch nicht: Auch in der Geschichte des Unterhauses gab es mehrere Fälle körperlicher Gewalt.

Am 4. April 1938, während einer hitzigen Debatte über den Spanischen Bürgerkrieg, sagte der konservative Abgeordnete Robert Bower zum jüdischen Labour-Abgeordneten Emanuel Shinwell, er solle »zurück nach Polen gehen«. Shinwell überquerte daraufhin die roten Linien und schlug Bower ins Gesicht, bevor er sich beim Parlamentssprecher entschuldigte und die Sitzung verließ. Bower entschuldigte sich ebenfalls beim Sprecher und es wurden keine disziplinarischen Maßnahmen gegen die beiden Abgeordneten ergriffen.¹²



Emanuel Shinwell



Robert Bower

Am 31. Januar 1972, während einer Auseinandersetzung über das Verhalten britischer Soldaten, die am sogenannten Blutsonntag in Nordirland Demonstranten erschossen hatten, schlug die unabhängige sozialistische Abgeordnete Bernadette Devlin den konservativen Innenminister Reginald Maudling. Sie reagierte damit auf Kommentare von Maudling, der behauptete, dass die Soldaten aus Notwehr gehandelt hätten. Davlin wurde daraufhin für sechs Monate aus dem Unterhaus ausgeschlossen.

Am 27. Mai 1976, inmitten einer hitzigen Debatte mit Labour-Abgeordneten über ein Gesetz zu Flugzeug- und Schiffbau, reagierte der Konservative Michael Heseltine ungehalten auf eine Gruppe von Abgeordneten, die das Lied *The Red Flag* sang, ein internationales Arbeiterlied. Er nahm den Streitkolben, der auf einem Tisch in der Mitte lag, und ließ ihn über seinem Kopf kreisen, wurde jedoch von seinem Parteikollegen Jim Prior zurückgehalten, bevor er Schläge austeilen konnte. Die Sitzung wurde daraufhin vertagt.¹³